Niederschrift

über die öffentliche Bürgerversammlung am 14.03.2019

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 14.03.2019
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:20 Uhr
Ort, Raum: Bürgerhaus Anselfingen

Anwesend:

Stadträte:

Siegfried Ellensohn
Erika Fritschi
Anja Isele
Peter Kamenzin
Bernd Keller
Lars Nilson
Urs Scheller
Martin Schoch
Emil Veit
Jürgen Waldschütz

Verwaltung:

Bürgermeister Johannes Moser
Hauptamtsleiter Patrick Stärk
Stadtbaumeister Matthias Distler
Bauverwaltungsleiterin Heike Bezikofer

Sonstige:

Peter Sartena, Geschäftsführer Stadtwerke Engen GmbH
Thomas Kohler, Betriebsleiter Kieswerk
Ralf Dieterle, Landratsamt KN
Jürgen Koberstein, Planung Geologie
Dr. Maik Herrmann, Naturschutzgutachter
Dr. Hans Joachim Keller, Gutachter Immissionsbelastung
Axel Rühling

Presse: 3 (Südkurier, Hegaukurier, Singener Wochenblatt)

Bürgerinnen und Bürger: ca. 270

§ 1

Begrüßung und Einführung durch Bürgermeister Johannes Moser

Bürgermeister Moser begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger und freut sich über die große Resonanz dieser Bürgerveranstaltung. Er erläutert grundsätzlich die Thematik und stellt die Teilnehmenden auf dem Podium einzeln vor.

§ 2

Information zum Erweiterungsantrag Kiesabbau Benzenbühl Breite in Anselfingen

Bürgermeister Moser übergibt Betriebsleiter Kohler das Wort und dieser beschreibt seinen Antrag und die Hintergründe dazu anhand eines Vortrags, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dies veranschaulicht er anhand von Lageplänen, Luftbildern und Bildern, die dieser Niederschrift ebenfalls an Anlage beigefügt sind. Die Nachfrage nach Kies ist durch die anhaltend hohe Baukonjunktur unvermindert. Er verweist auf die Regionalplanung, die einen Abbau vorsieht und auch rechtlich zulässt. Im Vertrauen hierauf habe sein Betrieb einen 7-stelligen Betrag investiert und 13 zusätzliche Arbeitsplätze seien entstanden. Er geht auch darauf ein, dass von der abgebauten Kiesmenge lediglich 2,5 % in die Schweiz exportiert würden. Im gesamten Landkreis liege diese Quote bei 30 %. Dies soll nach Aussage von Betriebsleiter Kohler dokumentieren, dass sein Betrieb lediglich für die regionale Bauwirtschaft tätig sei. Sein Betrieb achte darüber hinaus auf Umweltbelange auch ohne entsprechende Auflagen und er belegt dies mit entsprechenden Bildern. Er verweist auch darauf, dass sein Betrieb ein großer Förderer von Vereinen und gesellschaftlichen Gruppierungen sei. Der zusätzliche Abbau sei auf etwa 6 Jahre angelegt und bis zur Rekultivierung dauere es dann etwa bis zu 8 Jahren. Er verweist darauf, dass die Belastungen deutlich unter den zulässigen Grenzwerten lägen und er beabsichtige, auf die Bürger zuzugehen und mit ihnen in einen Dialog einzutreten. Er signalisiert auch, dass der von der Bürgerschaft als unangenehm empfundene Piepston in Gesprächen mit der Berufsgenossenschaft sowie dem Hersteller optimiert und minimiert werden könne. Derzeit sei er jedoch vorgeschrieben und müsse zum Einsatz gebracht werden. Für die im vergangenen Sommer zum Teil sehr frühen Arbeitsbeginnzeiten entschuldigt sich Betriebsleiter Kohler in aller Form. Abschließend dankt Betriebsleiter Kohler in seinen Ausführungen der Stadt Engen für die Durchführung dieser Bürgerversammlung.

Ein Bürger kritisiert, dass der Wanderweg sich in einem sehr schlechten Zustand befinde und in Ordnung gehalten werden soll. Betriebsleiter Kohler bedauert, dass die derzeitige Witterung Verbesserungen am Wanderweg nicht zugelassen hätten.

Betriebsleiter Kohler bestätigt einer Bürgerin, dass die Lastwagen zur Produktion nicht über die Unterdorfstraße in das Abbaugelände fahren. Der interne Verkehr wird über die Straße beim Bahnhof erfolgen.

Ein Bürger vom Bellebern hakt hier nach, dass ein interner Weg direkt in die Unterdorfstraße münde. Betriebsleiter Kohler schließt nochmals aus, dass es betriebsseits beabsichtigt wäre, dort den Verkehr abzuwickeln.

Eine Bürgerin vom Sonnenring dankt Herrn Kohler für die Ausführungen. Für sie sei jedoch bisher schon die Staubentwicklung übermäßig gewesen und hinterfragt, welche Vorkehrungen seitens des Betriebs getroffen werden wollen. Im Übrigen entstehe eine überaus große Wunde in der Landschaft und die Bürgerin hinterfragt, ob ein Ausbau in Richtung Welschingen nicht möglich wäre. Betriebsleiter Kohler bedauert, dass der trockene Sommer tatsächlich problematisch in der Staubentwicklung gewesen war. Selbstverständlich soll eine Bewässerung erfolgen,

die aber auch vom Vorhandensein des eigenen Wassers abhängt. Der Abbau in Richtung Süden, so Betriebsleiter Kohler, sei zwar geplant, wobei momentan diese Flächen im Regionalplan lediglich als Sicherungsgebiet und nicht als Vorranggebiet festgeschrieben seien.

Ein Bürger hält die Diskussion um die Staubentwicklung für übertrieben und dass jeder Landwirt, wenn er die Felder bewirtschaftete im vergangenen Sommer, Staub aufgewirbelt habe.

Ein Bürger möchte wissen, ob Eigentümer, die ihr Grundstück nicht verkaufen, zwangsenteignet würden. Nach den Worten von Betriebsleiter Kohler werden die Flächen entweder angekauft oder angepachtet und eine Zwangsenteignung sei nicht vorgesehen.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr an Betriebsleiter Kohler vorliegen, trägt Herr Koberstein seinen Vortrag zur Geologie vor. Ansefingen liege im Endmoränenbereich der letzten Eiszeit und stelle das nördlichste Vorkommen wirtschaftlich sinnvoller Kiesflächen dar. Die Mächtigkeit betrage etwa 10 bis 20 Meter. Zusätzlich sei Hangschutt feststellbar.

Herr Koberstein bejaht die Frage einer Bürgerin, dass er mit dem Abbaugelände auch tatsächlich gut vertraut sei. Sie bemängelt, dass das Abbaugelände die einzig ebene Fläche für Freizeitaktivitäten in Ansefingen darstelle. Darüber hinaus bemängelt sie, dass kein Fußweg in Richtung L191 bislang realisiert worden sei. Bürgermeister Moser führt hierzu aus, dass nicht alle Flächen in städtischem Besitz seien. Darüber hinaus gäbe es Diskussionen mit der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises. Die Stadt Engen sei jedoch gewillt, hier einen Weg anlegen zu wollen.

Auf Nachfrage einer Bürgerin führt Herr Koberstein aus, dass die Abböschungen im Genehmigungsverfahren festzulegen sind und der Betreiber diese einhalten muss. Dabei dürfe dann eine Absturzgefahr von Häusern gebannt sein.

Ein Bürger vom Sonnenring zweifelt die zeitlichen Angaben zum Abbau und Rekultivierung an. Herr Koberstein verweist dabei auch darauf, dass auch die Rekultivierung als Auflage in der Genehmigung festgeschrieben sei und Betriebsleiter Kohler ergänzt dies mit praktischen Beispielen von durchgeführten Rekultivierungen.

Nachdem keine weiteren Fragen an Herrn Koberstein mehr vorliegen, trägt Herr Dr. Keller seinen Vortrag zu Staub- und Schallemissionen anhand einer PowerPoint Präsentation vor, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ein Bürger zweifelt die errechneten Werte erheblich an. Dr. Keller beschwichtigt, dass diese Werte selbstverständlich während des Betriebs nachgewiesen und auch überprüft werden müssten.

Eine Bürgerin möchte wissen, ob bei den Berechnungen auch der Klimawandel mit berücksichtigt sei. Herr Dr. Keller führt aus, dass bei den Berechnungen immer die ungünstigsten Standortbedingungen herangezogen worden seien und die berechneten Werte seien um den Faktor 10 von den bestehenden Grenzwerten entfernt. Dies garantiere, dass auch bei einem trockenen Sommer diese entsprechenden Grenzwerte unterschritten seien.

Ein Bürger schildert seine Eindrücke über die Staubbelastung, die er nicht als irrelevant einschätzt. Darüber hinaus sei der Piepser früh morgens unerträglich. Dr. Keller führt nochmals aus, wie die Grenzwertsituation bei der Staubbelastung sich darstelle. Er sieht jedoch tatsächlich auch eine Aufgabe darin, sowohl mit der Berufsgenossenschaft als auch mit den Herstellern Optimierungen beim Rückfahrpiepser zu erreichen, wobei diese bewertungsmäßig gleichwohl irrelevant seien. Herr Dr. Keller sichert auch zu, seine Unterlagen gerne der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Auf Nachfrage einer Bürgerin beziffert Dr. Keller die maximale Schallbelastung mit 42 db.

Eine Bürgerin hakt hier nach, um wie viel die Belastung bei einem Heranrücken an die Bebauung der Unterdorfstraße steigt. Herr Dr. Keller ist der Überzeugung, dass hier lediglich 2-5 db zusätzlich zu erwarten seien.

Herr Dr. Keller bestätigt einer Bürgerin, dass Reflektionsschalleinflüsse bei der Berechnung mit berücksichtigt seien. Die Bürgerin zeigt sich irritiert, dass im Gutachten die Zeiten von 6-17 Uhr notiert seien. Dr. Keller entschuldigt dieses Versehen und berichtigt dies von 7-17 Uhr.

Ein direkt angrenzender Bürger ärgert sich über die Staubbelastung und die Lärmemissionen und berichtet von Betriebszeiten im Sommer meist vor 6 Uhr bis abends 22 Uhr. Die Lebensqualität leidet sehr darunter und er prognostiziert einen Abbau, der weit mehr als die angekündigten 6-8 Jahre dauern soll.

Ein Bürger stellt fest, dass der Antrag des Kieswerks Kohler offensichtlich den gesetzlichen Vorgaben entspreche. Er verstehe nicht, weshalb die Bürger nun noch angehört würden. Hierauf erläutert Herr Dieterle detailliert das Genehmigungsverfahren. Das Landratsamt prüfe, ob Gutachten belastbar seien oder nicht. Die Stadt Engen müsse ihr Einvernehmen erteilen und komme, aus seiner Sicht, planerisch hier nicht herum. Andernfalls müsse das Landratsamt das gemeindliche Einvernehmen ersetzen. Eine entsprechende Angreuzeranhörung werde seitens der Stadt durchgeführt und hier können die Angreuzer ihre Bedenken und Anregungen einreichen. Betriebszeiten, so Herr Dieterle, können durch die Genehmigungsbehörde festgesetzt werden. Der Bürger bittet darum, hier die Betriebszeiten maximal von 7-18 Uhr festzulegen. Betriebsleiter Kohler hakt ein, dass in der Regel die Betriebszeiten von 7-17 Uhr seien und lediglich Ausnahmen im Sommer vorkommen könnten. Der Bürger bezweifelt dies vehement und verweist auf die Vorkommnisse des vergangenen Sommers, wonach weit vor 6 Uhr bereits der Betrieb begonnen habe.

Nachdem keine weiteren Nachfragen an Herrn Dr. Keller mehr vorliegen, trägt Herr Dr. Herrmann seine Erkenntnisse zum Naturschutz anhand einer PowerPoint Präsentation vor, die dieser Niederschrift ebenfalls an Anlage beigefügt ist.

Ein Bürger würde sich wünschen, wenn der Mensch etwas mehr in den Blickpunkt der Betrachtungen gerückt werden würde. Es wäre auch zu begrüßen, wenn Maßnahmen zur Erträglichkeit diskutiert und angeboten werden könnten. Eine Verhinderung der Erweiterung scheint offenbar nicht möglich zu sein. Betriebsleiter Kohler zeigt sich offen, die Erträglichkeit aktiv seinerseits zu fördern und ist hier für Gespräche jederzeit bereit. Dabei stehen die Piepsgeräusche ganz oben auf seiner Agenda und er versichert, dass seine Mitarbeiter nicht vor 6 Uhr beginnen dürfen. Er ist auch bereit, einen Lärmschutzwall zu errichten, der ihm nicht als Auflage vorgeschrieben sei. Insgesamt bietet er seine Kooperation und seine Gesprächsbereitschaft der Bürgerschaft an.

Eine Bürgerin möchte wissen, wie realistisch es sei, den Piepston abstellen zu können. Betriebsleiter Kohler kann dies nicht gesichert sagen und er versichert jedoch, dass er alle Anstrengungen unternehmen werde, sowohl mit der Berufsgenossenschaft als auch mit dem Hersteller hier Einfluss zu nehmen.

Ein Bürger prognostiziert, dass die Bürgerinnen und Bürger in großer Mehrheit insgesamt gegen einen Abbau seien. Er bezeichnet es als Raub an der Natur und verantwortungslos im Hinblick auf künftige Generationen.

Eine Bürgerin möchte wissen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass die Mörtelbiene sich wieder ansiedeln würde. Nach Auskunft von Dr. Herrmann sollen die Voraussetzungen jedenfalls hierfür geschaffen werden. Herr Dr. Herrmann erläutert einer Bürgerin den Begriff der Erheblichkeit und die Bürgerin verweist darauf, dass nach ihrer Einschätzung die Artenvielfalt

deutlich abgenommen habe. Der Abbau würde dies noch verschärfen. Betriebsleiter Kohler verweist darauf, dass die Abbauflächen momentan landwirtschaftlich genutzt würden und auch nachher landwirtschaftliche genutzt werden.

Herr Dieterle bestätigt einem Bürger, dass der Landkreis genehmigungstechnisch das letzte Wort habe. Bei der Entwicklung neuer Abbauflächen seien jedoch die Vorgaben des Regionalplans zu berücksichtigen. Dabei beschreibt Herr Dieterle die momentanen Planungsschritte im Teilregionalplan. Betriebsleiter Kohler bestätigt dem Bürger, dass der technische interne Verkehr nicht durch das Dorf geleitet werden soll. Abschließend möchte Herr Ranzenberger wissen, inwiefern die Stadt Engen beteiligt sei. Herr Dieterle bestätigt, dass die Stadt Engen keine Möglichkeit habe, den Abbau zu verhindern.

Ein Bürger möchte von Betriebsleiter Kohler wissen, ob die Abbaugelände Ziffer II, III und V schon im Eigentum seien. Herr Kohler verneint dies und der Bürger ruft auf, diese Grundstücke nicht zu verkaufen.

Eine Bürgerin befürchtet Wertminderungen für die Eigenheime. Betriebsleiter Kohler berichtet davon, dass die Bodenrichtwerte auch in der Vergangenheit trotz Kiesabbau wesentlich gestiegen seien. Die Bürgerin befürchtet, dass auch durch neue Baugebiete zusätzliche Belastungen für die Anwohner Bürgerinnen und Bürger entstehen würden. Bürgermeister Moser entgegnet, dass es durchaus kommunale Aufgabe sei, die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Auch nachfolgende Generationen sollten Wohnraum in ihrer Heimatstadt bzw. Heimatdorf realisieren können. Herr Dieterle ergänzt, dass die vorgesehenen Abbaugelände I, II und III Genehmigungsinhalt seien. Und die Flächen Nr. IV, V und VI herausgenommen werden könnten.

Eine Bürgerin möchte wissen, ob der Weg entlang des Abbaugeländes Nr. III Bestand habe. Betriebsleiter Kohler bestätigt, dass dieser Weg dauerhaft bestehen bleiben soll.

Eine Bürgerin interessiert sich dafür, ob die in der Rekultivierung zugesagten Projekte auch finanziell abgesichert seien. Herr Dieterle führt für das Landratsamt aus, dass Auflagen umgesetzt werden müssen und hierfür auch Sicherungsbürgschaften erhoben werden.

Ein Bürger möchte wissen, was bei einer Insolvenz passiere. Herr Dieterle verweist nochmals auf seine Aussage, dass eine Sicherungsbürgschaft hinterlegt werden müsse und dies geschehe genau aus diesem Grund. Der Bürger bezweifelt, ob ausreichend Rekultivierungsmaterial zur Verfügung stünde. Herr Dieterle sieht dies bei der derzeitigen Baukonjunktur als unproblematisch an.

Betriebsleiter Kohler bestätigt nochmals einer Bürgerin, dass lediglich 2,5 % des abgebauten Kiesmaterials in die Schweiz exportiert werden würde.

Ein Bürger bemängelt, dass der Abstand zu den bebauten Grundstücken lediglich 100-150 m betrage. Herr Dieterle verweist auf einen Abstandserlass in Nordrhein-Westfalen, der bei Planungen von Kommunen einen Abstand von mindestens 300 m vorsehe. Für Einzelvorhaben sei dies jedoch nicht bindend und in Baden-Württemberg so oder so nicht.

Ein Bürger möchte wissen, was nach dem Abbau im nördlichen Bereich passiere. Betriebsleiter Kohler beschreibt seine Bemühungen, die Sicherungsgelände im Süden dann zu erschließen.

Eine Bürgerin hakt zu den nächtlichen Arbeitszeiten nach und möchte wissen, ob die Kieswaschung auch nachts erfolgen könne. Betriebsleiter Kohler versichert, dass die Anlagen bis auf wenige Pumpen nachts still stehen.

Stadtrat Jürgen Waldschütz zeigt sich überrascht über das große Misstrauen seitens der Bürgerschaft gegenüber Betriebsleiter Kohler und dessen Kiesabbauunternehmen. Er sieht Betriebsleiter Kohler nun in einer Bringschuld und er bittet ihn eindringlich darum, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen.

Nachdem keine Wortmeldungen und Anfragen mehr vorliegen, fasst Bürgermeister Moser aus der Diskussion folgende Punkte zusammen:

- Der Betrieb soll verpflichtet werden, Wege um die Kiesabbauflächen herum anzulegen, die eine Umleitung und Anbindung an das bestehende Wegenetz darstelle.
- Der asphaltierte Weg von Anselfingen in Richtung Bahnhöfle und die Zufahrt zum Kieswerk sollen permanent gereinigt werden.
- Die Abbaufläche soll um die nördliche Teilfläche IV, V und VI reduziert werden.
- Der Betrieb soll einen Lärmschutzwall errichten.
- Die Betriebszeiten sollen in einem Zeitfenster von 7-18 Uhr erfolgen.
- Der Betreiber unternimmt alle Anstrengungen, sowohl mit der Berufsgenossenschaft als auch mit den Herstellern die Piepstongeräusche zu minimieren und bestenfalls entbehrlich zu machen.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Moser bei Betriebsleiter Kohler und dessen Planern für die Ausführungen und er hoffe, dass er als örtlicher Kiesunternehmer dieses Vertrauen wieder erarbeiten kann und dankt ihm für seine Gesprächsbereitschaft, mit der Bürgerschaft in Kontakt bleiben zu wollen.

§ 3

Anregungen und Anfragen

§ 3.1

Rad- und Fußweg entlang der Unterdorfstraße zur L191

Ein Bürger appelliert, diesen Weg auf der rechten Seite anzulegen, um nicht unnötige Querungen zu verursachen. Nach den Worten von Bürgermeister Moser sei dies schlicht eine Grundstücksfrage und bisher sei die Stadt Engen auf der linken Seite in den Verhandlungen erfolgreicher gewesen. Herr Sprenger ergänzt, dass bei Umsetzung des Wegs auch eine Beleuchtung vorgesehen werden soll. Dies kann sich Bürgermeister Moser durchaus vorstellen, da von Seiten Welschingen auch eine Beleuchtung angebracht ist.

§ 3.2

Beleuchtung des Verbindungswegs Sportplatzstraße – Baugebiet Hugenberg

Eine Bürgerin trägt diesen Beleuchtungswunsch vor, da der Weg eine wichtige Verbindung von Anselfingen nach Engen zwischenzeitlich darstelle. Bürgermeister Moser sichert zu, diesen Wunsch intern nochmals zu prüfen.

§ 3.3

Errichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Anselfingerstraße / L191 beim MOC

Eine Bürgerin würde begrüßen, im dortigen Bereich einen Kreisverkehr anlegen zu können, da mit Errichtung des Pflegeheims dieser Kreuzungsbereich noch frequentierter werde. Bürgermeister Moser berichtet, dass hier das Land und der Landkreis Straßenbaulastträger seien und bisher entsprechende Anfragen der Stadt Engen immer negativ beschieden hätten. Er verspricht jedoch, hier nochmals nachzuhaken.

§ 3.4

Defekte Schachtdeckel in der Anselfingerstraße

Ein Bürger bemängelt den schlechten Zustand der Schachtdeckel, die erhebliche Lärmbelastungen verursachen. Hier sei trotz Kreisstraße die Stadt Engen zuständig und Bürgermeister Moser sichert zu, hier Verbesserungen schaffen zu wollen.

§ 3.5

Einfahrtbereich „Auf der Höhe“ in die Anselfingerstraße

Ein Bürger würde sich wünschen, wenn im dortigen Einmündungsbereich wegen der schlechten Sichtverhältnisse Verkehrsspiegel aufgehängt werden könnten. Bürgermeister Moser sichert zu, dies intern prüfen zu lassen.

Eine Bürgerin hakt hier nach, auch beim Anwesen Bellebern 42 einen Spiegel anzubringen.

§ 3.6

Weiteres Vorgehen Gasthaus Krone

Ein Bürger möchte wissen, was mit dem Anwesen des ehemaligen Gasthauses Krone geschehen soll. Nach den Worten von Bürgermeister Moser besteht ein Beschluss des Gemeinderates auf Abriss. Es soll eine Ausschreibung hierfür vorbereitet werden und das Grundstück soll dann einer Wohnungsbebauung zugeführt werden.

§ 3.7

Querungshilfe im Bereich der Anselfingerstraße beim Aufgang zum Kindergarten

Eine Bürgerin würde sich wünschen, wenn im dortigen Bereich ein Fußgängerüberweg realisiert werden könnte. Bürgermeister Moser verweist hier auf die regelmäßig eingehenden fachlichen Einschätzungen der Polizeibehörden, wonach Fußgängerüberwege die unfallträchtigsten Situationen hervorrufen würden. Die Bürgerin ergänzt ihre Anfrage dahingehend, wonach auch eine Querungsampel installiert werden könnte. Bürgermeister Moser macht hierzu wenige Hoffnungen.

§ 3.8

Gebrauchtwagen-Verkaufsflächen an den Ortseingängen

Ein Bürger bemängelt, dass diese Flächen die Optik sehr beeinträchtigen würden. Bürgermeister Moser unterstreicht diese Aussage, wobei aus rechtlicher Sicht hier wenige Handlungsmöglichkeiten gegeben seien.

Patrick Stärk
Protokollführer